


Burundi: Wirtschaft

17.07.2017 - Artikel 

Wirtschaftslage

Aufgrund der Auswirkungen des Bürgerkriegs von 1993 bis 2002 und der fortgesetzten innenpolitischen Spannungen, Misswirtschaft und weit verbreiteter Korruption gehört Burundi trotz kleiner makroökonomischer Erfolge und Fortschritten bei der Erreichung einiger Millenniumsziele - zum Beispiel im Bildungsbereich - zu den ärmsten Ländern der Welt. Im Human Development Index 2016 der Vereinten Nationen liegt das Land auf Platz 184 von 188.

Etwa zwei Drittel der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze und damit von weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag. Etwa 90 Prozent der Bevölkerung leben traditionell von Ackerbau bzw. Viehzucht in Subsistenzwirtschaft. 70 Prozent der Agrarproduktion wird von Frauen erbracht.

Trotz jüngster Fortschritte bei der Verbesserung der Investitionsrahmenbedingungen kann sich der Privatsektor infolge bürokratischer und politischer Hemmnisse sowie weit verbreiteter Korruption nur schwer entwickeln. Burundi ist stark von Importen abhängig und damit besonders anfällig bei Preissteigerungen von dringend benötigten Importen wie Lebensmitteln, Treibstoffen und Baumaterialien.

Die Exportbasis ist dünn und wenig diversifiziert. Die Menge der abbaubaren Rohstoffe ist im regionalen Vergleich gering, die Devisenerwirtschaftung einseitig von den Hauptexportprodukten Kaffee und Tee abhängig. Seit Jahren verzeichnet das Land ein erhebliches Handelsbilanzdefizit - mit 29 Prozent eines der höchsten in Afrika. Entwickelbare Potentiale des Landes liegen in den Bereichen Tourismus, Bauwirtschaft, regionaler Handel und Kleinstindustrie.

Die Folgen der innenpolitischen Spannungen seit 2015 wirken sich zunehmend negativ auf die Wirtschafts- und Finanzlage aus.

Entwicklungszusammenarbeit

Burundi ist in hohem Maße von ausländischer Hilfe abhängig.

Mit 52 Prozent wurde gut die Hälfte des Staatshaushalts im Jahr 2014 (insgesamt 650 Millionen Euro) über Leistungen der Geber finanziert. Die Weltbank, African Development Bank und die Europäische Union sind die größten multilateralen Geber. Die wichtigsten bilateralen Geber sind die USA und Belgien.

Deutschland hat im Zeitraum 2014/2015 die Entwicklungszusammenarbeit mit Burundi mit Zusagen in Höhe von gut 50 Millionen Euro für einen Zweijahreszeitraum für den Schwerpunkt Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie für die Bereiche Dezentralisierung und Gesundheit intensiviert.

Angesichts der politischen Entwicklung in Burundi suspendierte die Bundesregierung im Juni 2015 alle regierungsnahen Aktivitäten der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit mit Burundi und setzte die für Ende 2015 geplanten Verhandlungen mit der burundischen Regierung über Neuzusagen bis auf weiteres aus. Maßnahmen, die unmittelbar die Menschen im Land unterstützen und Grundbedürfnisse decken, werden jedoch fortgeführt. Andere wichtige Geber trafen vergleichbare Maßnahmen.

Hinweis:

Dieser Text stellt eine Basisinformation dar. Er wird regelmäßig aktualisiert. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben kann nicht übernommen werden.